



# Geschäfte des EFD 2017

## 3. Quartal

### Bundesfinanzen

- **Hochrechnung 2017:** Für 2017 rechnet der Bund im ordentlichen Haushalt mit einem Überschuss von fast 500 Millionen Franken. Budgetiert war ein Defizit von 250 Millionen. Grund für diese Entwicklung sind einerseits höhere Einnahmen (+0,4 Mrd.) insbesondere aus der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank und andererseits tiefere Ausgaben dank Budgetdisziplin (-0,4 Mrd.). (16.08.)
- **Expertengruppe Schuldenbremse:** Der Bundesrat hat das Gutachten der Expertengruppe zur Überprüfung der Schuldenbremse zur Kenntnis genommen. Er hat dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) verschiedene ergänzende Prüfaufträge erteilt. (30.08.)
- **Finanzausgleich:** Der Bundesrat hat sich mit den Vorschlägen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zur «Optimierung des Finanzausgleichs» befasst. Die Vorschläge sollen im Rahmen des nächsten Wirksamkeitsberichts zuhanden der eidgenössischen Räte aufgenommen werden. (06.09.)
- **Nachtrag II:** Der Bundesrat hat den Nachtrag II zum Budget 2017 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament neun Nachtragskredite in der Höhe von insgesamt 106,9 Millionen Franken. Die Budgetaufstockungen führen im laufenden Jahr zu einer weiteren Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,1 Prozent. (22.09.)
- **Nachmeldung zum Voranschlag 2018:** Die Ablehnung der Reform der Altersvorsorge 2020 führt im Voranschlag 2018 zu einer Entlastung im Umfang von rund 440 Millionen Franken. Der Bundesrat will trotz der Ergebnisverbesserung an den beschlossenen Sparmassnahmen festhalten. Einzig die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds soll erhöht werden. Der Bundesrat informiert die Finanzkommissionen, die ab dem 2. Oktober 2017 mit der Beratung des Budgets beginnen, in einer entsprechenden Nachmeldung zum Voranschlag 2018. (29.09.)

### Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Wehrpflichtersatzabgabe:** Die Wehrpflichtersatzabgabe muss an die Veränderungen im Militär- und Zivildienstrecht angepasst werden. Damit die Gesamtdienstleistungspflicht besser erfüllt wird, soll zudem eine Abschlussersatzabgabe eingeführt werden. Der Bundesrat hat die dazugehörige Botschaft gutgeheissen. (06.09.)

### Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Steuerliche Massnahmen im Gebäudebereich:** Zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 hat der Bundesrat die Totalrevision der

Liegenschaftskostenverordnung in die Vernehmlassung geschickt. Sie präzisiert das neue Energiegesetz, das zusätzliche steuerliche Abzugsmöglichkeiten für Liegenschaftsbesitzer vorsieht. (16.08.)

- **Alte Banknotenserien:** Der Bundesrat hat entschieden, die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) zu eröffnen. Mit der Revision wird die Begrenzung der Umtauschfrist für Banknoten ab der sechsten Serie aufgehoben. (16.08.)
- **Steuervorlage 17:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Steuervorlage 17 (SV17) eröffnet. Die Vorlage leistet einen entscheidenden Beitrag zu einem attraktiven Standort und damit zugunsten von Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Die Reform erfüllt zudem internationale Anforderungen an das Unternehmenssteuerrecht. (06.09.2017)
- **Quellensteuerverordnung:** Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) hat die Totalrevision der Quellensteuerverordnung in die Vernehmlassung geschickt. Die Verordnung definiert näher, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit nicht-ansässige Quellensteuerpflichtige Anspruch auf eine nachträgliche ordentliche Veranlagung haben. (21.09.)

## Internationales

- **G20-Finanzminister und Zentralasien:** Bundesrat Ueli Maurer nahm am Rande des G20-Gipfels in Hamburg am Treffen der G20-Finanzminister teil und besuchte anschliessend mehrere Länder Zentralasiens. Die Reise im Rahmen des 25-jährigen Bestehens der schweizerischen Stimmrechtsgruppe im internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank dauerte vom 8. bis 12. Juli und führte die Schweizer Delegation nach Tadschikistan, Kirgistan und Kasachstan. Bundesrat Ueli Maurer wurde in Hamburg wie in Zentralasien begleitet von Jörg Gasser, Staatssekretär für internationale Finanzfragen. (12.07.)
- **EU-Steuerückbehalt:** Der Bruttoertrag aus der Erhebung des Steuerückbehalts auf Zinserträgen von EU-Steuerpflichtigen in der Schweiz für das Steuerjahr 2016 beträgt 74,8 Millionen Franken. Im Vorjahr waren es 169,3 Millionen Franken. (10.07.)
- **Austausch von Steuerdaten mit Frankreich:** Die Schweiz und Frankreich haben bekräftigt, an einer wirksamen Zusammenarbeit im Steuerbereich festhalten zu wollen. Eine solche Zusammenarbeit orientiert sich am OECD-Standard und erfüllt die Verpflichtungen aus dem bilateralen Abkommen, das mit den Zusatzvereinbarungen von 2009 und 2014 entsprechend angepasst worden war. (12.07.)
- **Arbeitsbesuch in Washington:** Staatssekretär Jörg Gasser reiste für einen zweitägigen Arbeitsbesuch nach Washington D.C. Er traf dort Vertreter der US-Administration, des Kongresses und der Schweizer Finanzbranche. (12.07.)
- **Global Forum:** In Genf fand ein Arbeitstreffen des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) statt. Es war das erste Treffen dieser Art, das in der Schweiz stattfand. Zudem unterzeichnete die Schweiz ein Abkommen über den automatischen Informationsaustausch mit Singapur. (17.07.)
- **Exporte:** In den ersten sechs Monaten 2017 stiegen sowohl die Exporte (+ 4,4 %) wie auch die Importe (+ 4,8 %) beachtlich. Während Erstere damit einen neuen Rekordstand aufweisen, schreiben die Importe den höchsten Wert seit 8 Jahren. In beiden Handelsrichtungen leisteten die chemisch-pharmazeutischen Produkte einen erheblichen Beitrag am Gesamtwachstum. Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 19 Mrd. Fr. (20.07.)
- **DBA mit Ecuador:** Die Schweiz und Ecuador haben in Quito ein Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen unterzeichnet. Damit erfüllt das

- Doppelbesteuerungsabkommen den aktuellen internationalen Standard zum Informationsaustausch auf Anfrage. (26.07.)
- **DBA mit Belgien:** Das Zusatzabkommen zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zwischen der Schweiz und Belgien ist am 19. Juli 2017 in Kraft getreten. Es enthält eine Amtshilfeklausel gemäss aktuellem internationalem Standard zum Informationsaustausch auf Anfrage. Das Zusatzabkommen verstärkt die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Belgien. (07.08.)
  - **Treffen der deutschsprachigen Finanzminister:** Bundesrat Ueli Maurer hat die deutschsprachigen Finanzminister Wolfgang Schäuble (Deutschland), Hans Jörg Schelling (Österreich), Pierre Gramegna (Luxemburg) und Adrian Hasler (Liechtenstein) zum traditionellen Austausch in Winterthur und Zürich empfangen. Im Rahmen dieses jährlich stattfindenden Treffens unterhalten sich die fünf Finanzminister über aktuelle finanz- und fiskalpolitische Themen. (22.08.)
  - **DBA mit Sambia:** Die Schweiz und Sambia haben in Lusaka ein neues Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen unterzeichnet. Es ersetzt das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich aus dem Jahr 1954, das bisher auf die Schweiz und Sambia Anwendung findet, und wird eine für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten förderliche Rechtssicherheit schaffen. (29.08.)
  - **Besuch in Israel:** Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) Ueli Maurer und Israels Finanzminister Moshe Kahlon haben sich in Tel Aviv getroffen und ein Memorandum of Understanding zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen unterzeichnet. Das Treffen fand nach der gleichentags erfolgten Eröffnung des ersten Finanzdialogs durch den Schweizer Staatssekretär für internationale Finanzfragen Jörg Gasser und den israelischen Vize-Finanzminister Yitzhak Cohen statt. (04.09.)
  - **Christoph Schelling:** Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) hat die Ernennung der Mitglieder des Expertenkomitees durch den UNO-Generalsekretär bekanntgegeben und bestätigt, dass Botschafter Christoph Schelling, Abteilungsleiter Steuern im Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), weitere vier Jahre im UNO-Expertenkomitee für internationale Zusammenarbeit in steuerlichen Angelegenheiten Einsitz nimmt. Das Gremium zählt 25 Mitglieder aus allen Erdteilen, fünf davon stammen aus dem Raum der EU/EFTA-Staaten. (11.09.)
  - **PANA-Ausschuss:** Die Schweizer Behörden empfingen eine Delegation des PANA-Ausschusses des Europäischen Parlaments. Im Zentrum der Gespräche standen das aktuelle Dispositiv und die laufenden Arbeiten zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung sowie von Steuerdelikten. (15.09.)
  - **Finanzdialog mit Hongkong:** Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) des Eidgenössischen Finanzdepartements und die Hong Kong Monetary Authority (HKMA) haben in Bern einen Finanzdialog lanciert, um die Zusammenarbeit bei Finanzmarktthemen von gemeinsamem Interesse zu fördern. Am Rande des Dialogs organisierten die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) und die HKMA ein Seminar für die Privatwirtschaft. (19.09.)
  - **Illegaler Heilmittelhandel:** Die Anzahl der über das Internet bestellten und illegal in die Schweiz importierten Arzneimittel bleibt konstant. Insgesamt werden jährlich rund 40'000 Sendungen eingeführt, etwa die Hälfte davon illegal. Die Schweiz hat auch dieses Jahr an der von Interpol koordinierten internationalen Aktionswoche «PANGEA X» teilgenommen. Insgesamt waren 123 Länder beteiligt. Ziel der Aktion, die zum 10. Mal durchgeführt wurde, war die Bekämpfung des illegalen Heilmittelhandels über das Internet. (25.09.)

## Wichtige Verordnungen

- **Fintech-Regeln:** Der Bundesrat hat eine Änderung der Bankenverordnung verabschiedet. Sie tritt am 1. August 2017 in Kraft. Mit der Revision sollen Markteintrittshürden für Fintech-Unternehmen verringert und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes gestärkt werden. (05.07.)
- **Finanzmarktinfrastrukturverordnung:** Der Bundesrat hat eine Änderung der Finanzmarktinfrastrukturverordnung verabschiedet. Sie tritt am 1. August 2017 in Kraft. Mit der Revision werden die schweizerischen Vorschriften zum Austausch von Sicherheiten an die nunmehr feststehenden Regelungen der EU angeglichen. (05.07.)
- **Personendaten:** Der Bundesrat hat die Totalrevision der Verordnung über die Bearbeitung von Personendaten in der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) verabschiedet. Sie tritt am 1. Oktober 2017 in Kraft. (23.08.)
- **Alkoholgesetzgebung:** Der Bundesrat hat die Revision der Alkoholverordnung (AlkV) verabschiedet. Sie tritt zusammen mit dem im Herbst 2016 revidierten Alkoholgesetz (AlkG) per 1. Januar 2018 in Kraft. Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt wechselt die Vollzugszuständigkeit von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV). Die formelle Auflösung der EAV erfolgt nach Abschluss der Privatisierung ihres ehemaligen Profitcenters Alcosuisse. Der Ethanolmarkt wird voraussichtlich per 1. Januar 2019 liberalisiert. (15.09.)
- **Mehrwertsteuer:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat die Verordnung über die Höhe der Saldosteuersätze nach Branchen und Tätigkeiten (SSS-Verordnung) angepasst. Acht von zehn Sätzen fallen tiefer aus. (27.09.)
- **Internationaler automatischer Austausch länderbezogener Berichte:** Der Bundesrat hat die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV) verabschiedet. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 2017 in Kraft. (29.09.)

## Weitere EFD-Geschäfte

- **Kaderlohnreporting:** Im Kaderlohnreporting informiert der Bundesrat jährlich über die Entlohnung und weitere Vertragsbedingungen des obersten Kadern und der Leitungsorgane der bundesnahen Unternehmen und Anstalten. Er hat den Bericht über das Geschäftsjahr 2016 gutgeheissen. (05.07.)
- **Alkohol-Testkäufe:** 2016 sind schweizweit insgesamt rund 8500 Alkohol-Testkäufe durchgeführt worden. In 32% aller Fälle sind alkoholische Getränke verkauft worden, obwohl die Testkäuferinnen und -käufer die gesetzliche Alterslimite dafür nicht erfüllten. Dies entspricht einer Zunahme von 3% gegenüber dem Vorjahr, wobei diese hauptsächlich auf die veränderte Zusammensetzung der Testkäufe zurückzuführen sein dürfte. (06.07.)
- **Finanzkontrolle:** Der Bundesrat hat beschlossen, die Änderung des Finanzkontrollgesetzes auf den 1. Januar 2018 in Kraft zu setzen. Damit werden auf der Seite der Eidgenössischen Finanzkontrolle die Konsequenzen aus dem gescheiterten Informatikprojekt INSIEME gezogen. (16.08.)
- **Maklerprovisionen:** Der Bundesrat hat beschlossen, eine Änderung des Steuerharmonisierungsgesetzes beim Besteuerungsort von Maklerprovisionen aus Immobiliengeschäften auf den 1. Januar 2019 in Kraft zu setzen. (16.08.)
- **Alkoholkonsum:** Der Konsum von Alkohol in der Schweiz ist 2016 leicht zurückgegangen. Gegenüber dem Vorjahr hat der Pro-Kopf-Verbrauch von reinem Alkohol um 0,2 Liter – von 8,1 auf 7,9 Liter – abgenommen. Dies ist der tiefste Wert seit über 70 Jahren. Etwa die Hälfte (3,7 Liter) wird in Form von Wein getrunken. (24.08.)
- **Fintech:** Bundesrat Ueli Maurer besuchte verschiedene Fintech-Unternehmen in Zug und Zürich. Im Rahmen der Firmenbesuche informierten die Startups über aktuelle

- technologische Entwicklungen, die damit verbundenen Chancen und Risiken sowie die Herausforderungen, denen sie gegenüberstehen. (25.08.)
- **Reale Progression:** Die reale Progression bei der direkten Bundessteuer ist in der Schweiz für eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den letzten 20 Jahren infolge von Steuerreformen ausgeglichen oder sogar überkompensiert worden. Eine Mehrbelastung erfuhr vor allem Alleinstehende und Einverdiener-Ehepaare ohne Kinder. Das zeigt ein Bericht, den der Bundesrat gutgeheissen hat. (06.09.)
  - **Unterbringungskonzept:** Der Bundesrat liess sich über das dritte Reporting zum Unterbringungskonzept 2024 (UK2024) informieren. Mit diesem Reporting zeigt das zuständige Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) den Stand der Umsetzung des Konzepts zur Unterbringung der zivilen Bundesverwaltung auf. (06.09.)
  - **Sondermünzen:** Am 14. September 2017 lancierte die Eidgenössische Münzstätte Swissmint eine Goldmünze für Sammler und Liebhaber. Diese ist dem berühmten Bernhardinerhund «Barry» gewidmet. Mit dem Weihnachtsmünzsatz 2017 beschliesst die Swissmint ihr diesjähriges Ausgabeprogramm. (14.09.)
  - **UND:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat das Label der Fachstelle UND zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten. Nun verstärkt sie zusätzlich ihr Engagement für die Angehörigenbetreuung. (21.09.)
  - **Beschaffungscontrolling:** Der Bundesrat hat den Bericht über das Beschaffungscontrolling für das Jahr 2016 zur Kenntnis genommen. Dieser weist für die zentrale Bundesverwaltung Zahlungen im Wert von 5,6 Mrd. Franken für Beschaffungen von kommerziellen Leistungen und Lieferungen (Güter und Dienstleistungen) aus. (22.09.)
  - **MWST-Sätze:** Am Sonntag, 24. September 2017, haben die Schweizer Stimmberechtigten die Vorlage «Altersvorsorge 2020» an der Urne abgelehnt. Deswegen sinken die MWST-Sätze ab dem 1. Januar 2018. (25.09.)

## Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

### In der Herbstsession verabschiedete Vorlagen

- **Eigenmietwert:** Der Nationalrat will die Frage der Abschaffung des Eigenmietwertes in Ruhe angehen. Einer parlamentarischen Initiative von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) für einen Systemwechsel bei der Besteuerung von Wohneigentum erteilte er darum eine Absage. Er folgte dabei der Wirtschaftskommission. Für deren Mehrheit steht der Eigenmietwert zwar ebenfalls zur Diskussion. Sie wollte aber noch keinen radikalen Wechsel zu einem System ganz ohne Eigenmietwert-Besteuerung und ganz ohne Möglichkeit, Kosten für den Unterhalt und die Schuldzinsen von den Steuern abzuziehen. (12.09.)
- **Zoll:** Die Eidgenössische Zollverwaltung kann ihre Prozesse modernisieren. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einen Gesamtkredit von 393 Millionen Franken für das Informatikprojekt DaziT gutgeheissen und die erste Tranche freigegeben. Die kleine Kammer hiess den Bundesbeschluss oppositionslos gut. DaziT soll den Zoll ins digitale Zeitalter überführen und die Wirtschaft entlasten, da die Kosten für die Zollverfahren gesenkt werden können. Künftig sollen Kunden ihre Verpflichtungen über ein Internet-Portal rund um die Uhr und von jedem Ort aus erfüllen können. Das soll auch Reisenden dienen: Waren können so schon vor der Einreise beim Zoll angemeldet werden, was den Grenzübertritt beschleunigt. (12.09.)
- **Informatik:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat 41,2 Millionen Franken bewilligt für den Umzug der Informatik eines Teils der Bundesverwaltung nach

Frauenfeld. Dort entsteht ein militärisch-ziviles Rechenzentrum namens CAMPUS. Für den Bau hatte das Parlament schon früher 150 Millionen Franken genehmigt. Der neue Kredit ist für den Umzug und die Technologie vorgesehen. Neben CAMPUS soll es drei weitere Rechenzentren geben, ein ziviles und zwei mit militärischem Vollschutz. (12.09.)

- **Grenzwache:** Der Ständerat will das Grenzwachtkorps (GWK) vorerst nicht weiter aufstocken. Er hat eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen mit diesem Anliegen mit 29 zu 15 Stimmen abgelehnt. Der Personalbestand des GWK sei in den letzten Jahren bereits erhöht worden, sagte Kommissionssprecher Isidor Baumann (CVP/UR). Bei der Beratung des Budgets hätten beide Räte eine weitere Aufstockung abgelehnt. Die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter verwies vergeblich auf die erhöhte Bedrohungslage an der Grenze und den erhöhten Personalbedarf an der Südgrenze. (12.09.)
- **Grenzen:** Viele Grenzübergänge werden schon heute mit Kameras überwacht. Auch künftig wird es aber nicht an sämtlichen Grenzübergängen eine solche Überwachung geben. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat oppositionslos abgelehnt, die eine flächendeckende Überwachung forderte. Aus Sicht der vorberatenden Kommission ist das Kernanliegen schon erfüllt. Das sagte auch Bundesrat Ueli Maurer. Schon heute seien an 200 Grenzübergängen Kameras zur automatischen Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung installiert, stellte er fest. An 100 weiteren seien solche Installationen geplant. (12.09.)
- **Anlegerschutz:** Das Parlament will den Anlegerschutz und die Aufsicht über die Finanzdienstleister neu regeln. Der Nationalrat hat als Zweitrat zwei Gesetze dazu gutgeheissen. Von den ursprünglichen Plänen bleibt allerdings wenig übrig. Bereits der Ständerat hatte die Bestimmungen abgeschwächt. Der Nationalrat zog den Gesetzen nun weitere Zähne. So fügte er Ausnahmen ein zu Basisinformationsblättern und Prospekten, die den Kunden ermöglichen sollen, einen fundierten Anlageentscheid zu treffen. Zudem sprach er sich für tiefere Bussen aus. Auch die Haftung will der Nationalrat beschränken. Und für Finanzdienstleistungsverträge soll bei Haustürgeschäften kein Widerrufsrecht mehr bestehen. Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat. (13.09.)
- **Grenzwache:** Das Grenzwachtkorps (GWK) soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, die Grenzkontrollen und die Registrierung von Migranten. Nebenaufgaben wie Transporte von Migranten oder die Überwachung von Empfangszentren sollen Grenzwächter nicht ausüben müssen. Das fordert der Nationalrat. Er hat eine Motion von Marco Romano (CVP/TI) angenommen. Vorweg logistische Aufgaben könnten Dritten übertragen werden, etwa der Militärpolizei, sagte Romano. Der Bundesrat erklärte sich mit der Motion einverstanden. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. (13.09.)
- **Cyberkriminalität:** Der Ständerat will ein Kompetenzzentrum für Cyber-Security schaffen. Er hat eine Motion von Joachim Eder (FDP/ZG) angenommen. Die existierende Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) leiste zwar eine gute Arbeit, habe aber nicht den Charakter eines Kompetenzzentrums. Dem Bund fehle es an Spezialisten und den Departementen an Routine, argumentiert Eder. Auch die Ratsmehrheit erachtet die heutigen Ressourcen des Bundes als unzureichend. Der Bundesrat lehnt die Motion ab. "Wir verfolgen die gleichen Ziele", erklärte Finanzminister Ueli Maurer. Das MELANI sei bereits der Kern eines Kompetenzzentrums und könne fachlich und personell weiter entwickelt werden. (19.09.)
- **Auslandschweizer:** Alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sollen bei einer systemrelevanten Schweizer Bank ein Konto eröffnen und zu annehmbaren Bedingungen unterhalten können. Das will der Ständerat. Mit 23 zu 14 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat er eine Motion von Filippo Lombardi

(CVP/TI) angenommen. Über den Vorstoss entscheidet nun der Nationalrat. Dieser hatte vergangene Woche eine Motion angenommen, die dasselbe mit Blick auf PostFinance fordert. Die Gegner argumentierten, Banken müssten selbst entscheiden können, welche Risiken sie eingehen wollten. Die Probleme der Auslandschweizer haben mit den strengeren Regeln für Banken zu tun, die nach der Finanzkrise von 2008 erlassen wurden. (19.09.)

- **Bundesfinanzen:** Immer mehr Ausgaben des Bundes sind stark gebunden und können deshalb nicht kurzfristig gesenkt werden, weil dazu Gesetze oder die Verfassung geändert werden müssten. Das Parlament will diese Ausgaben nun um 5 bis 10 Prozent reduzieren. Der Ständerat überwies dazu mit 27 zu 15 Stimmen eine Motion aus dem Nationalrat. Wie schon im Nationalrat kämpfte im Ständerat eine Minderheit vergeblich gegen den Vorstoss. Der Bundesrat dagegen war mit dem Anliegen einverstanden und hat seine Arbeit bereits aufgenommen. (19.09.)
- **Finanzausgleich:** Das Parlament soll den Finanzausgleich nicht nachjustieren können, wenn es alle vier Jahre über die Beiträge der ressourcenstarken Kantone und des Bundes befindet. Der Ständerat hat eine Motion mit 34 zu 6 Stimmen abgelehnt. Diese ist damit erledigt. Nationalrat Olivier Feller (FDP/VD) kritisiert, die Räte könnten zwar über die Beiträge befinden, aber keine Korrekturen am Finanzausgleichsgesetz anbringen. Die Motion stelle die bewährte Funktionsweise des heutigen Systems in Frage, befand die Mehrheit im Ständerat. Anpassungen beim Finanzausgleich sollten aus einem Konsens der Kantone entstehen. Dieser Ansicht ist auch der Bundesrat. (19.09.)
- **Sparpolitik:** Der Bund muss nicht primär in jenen Bereichen sparen, die in den letzten Jahren stark gewachsen sind. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat ohne Gegenstimme abgelehnt. Der Vorstoss ist damit erledigt. Die Befürworter im Nationalrat hatten argumentiert, heute müssten stets Bereiche wie die Landwirtschaft oder die Armee Sparbeiträge leisten. Die Gegner warnten davor, dass der Handlungsspielraum eingeschränkt würde. Auch der Bundesrat lehnte fixe Vorgaben ab. Ein Ja zur Motion würde bedeuten, dass bei der Bildung und bei der Entwicklungshilfe gespart werden müsste, sagte Finanzminister Ueli Maurer. (19.09.)
- **Steuern:** Die Steuererklärung soll nicht mehr von Hand unterzeichnet werden müssen. Der Ständerat hat eine Motion von Martin Schmid (FDP/GR) oppositionslos angenommen. Einzelne Kantone seien dazu übergegangen, auf eine Unterschrift zu verzichten - ohne ersichtliche Probleme, erklärte Schmid. Um die Vereinfachung zu legalisieren, müssten aber die gesetzlichen Vorschriften angepasst werden. Einverstanden zeigte sich auch der Bundesrat. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. (19.09.)
- **Finanzmarkt:** Der Ständerat will wissen, welche Kosten Finanzunternehmen auf Grund von Regulierungs-Rundschreiben der Finanzmarktaufsicht (Finma) entstehen. Er überwies dazu ein Postulat mit 30 zu 12 Stimmen. Autor Hannes Germann (SVP/SH) hatte den Vorstoss mit seinem Eindruck begründet, dass die Finma "reguliert und reguliert". Der bei den Unternehmen verursachte Aufwand und die Kosten für die Umsetzung blieben oft im Dunkeln, da die nötige Regulierungsfolgenabschätzung fehle. Aufschluss solle der angeforderte Bericht geben. (19.09.)
- **Einkaufstourismus:** Wer zum Einkaufen über die Grenze ins Ausland fährt, soll für die gekaufte Ware immer Mehrwertsteuer bezahlen. Der Ständerat lässt eine Motion mit dieser Forderung von seiner Wirtschaftskommission vorprüfen. Peter Hegglin (CVP/ZG) verlangt im Vorstoss, alle Einkäufe im Inland und im Ausland einer Mehrwertsteuer zu unterstellen und damit die "Zoll- und Steuerfreizone rund um die Schweiz" abzuschaffen. Dazu solle die Schweiz mit ihren Nachbarländern Regelungen treffen. (19.09.)

- **Steuern:** Der Nationalrat will am System der direkten Besteuerung nichts ändern. Er gab einer Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft nicht Folge, die eine einfachere Steuererklärung und eine einfachere Überprüfung der Angaben in Steuererklärungen verlangt. Die Mehrheit der Wirtschaftskommission nannte die Initiative willkürlich formuliert. Da bereits der Ständerat die Initiative abgelehnt hat, ist diese nun vom Tisch. (20.09.)
- **EU-Aussengrenzen:** Die Schweiz soll sich am verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen beteiligen. Der Nationalrat hat der Übernahme von Schengen-Recht zugestimmt. Er beschloss aber, die Ausgaben zu limitieren: Die Schweizer Beteiligung soll im Jahr höchstens 12 Millionen Franken kosten. Das beschloss der Rat mit 91 zu 85 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Gegen eine weitere Beteiligung der Schweiz an der Grenzschutzagentur Frontex stellten sich die Grünen. Für sie ist ein Ausbau der "Festung Europa" der falsche Ansatz. Die SVP wiederum wollte die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen mit dem Auftrag, das Hauptziel in der Botschaft klar festzuhalten. Dieses müsse sein, illegale Grenzübertritte bereits an der Schengen-Aussengrenze zu verhindern. (21.09.)
- **Bankgeheimnis:** Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat die Initiative "Ja zum Schutz der Privatsphäre" und den Gegenvorschlag auf Eis gelegt. Zuvor will sie die Behandlung einer Motion der Ständeratskommission abwarten. Diese fordert den Verzicht auf eine Revision des Steuerstrafrechts. Damit soll das Anliegen der Initianten teilweise erfüllt werden. Zur Motion muss nun zunächst der Ständerat Stellung nehmen. Diese sowie Initiative und Gegenvorschlag sollen in der Wintersession behandelt werden. (21.09.)
- **Währungen:** Der Bundesrat will virtuelle Währungen wie Bitcoin gesetzlich besser regeln. Damit sollen Missbrauchsrisiken begrenzt werden. Noch vor drei Jahren hielt der Bundesrat dies nicht für notwendig. Unterdessen hat er seine Meinung geändert. Das Eidgenössische Finanzdepartement arbeite zusammen mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) und der Finanzmarktaufsicht (FINMA) an einer gesetzlichen Lösung, schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Frage von Maximilian Reimann (SVP/AG) in der Fragestunde des Nationalrates. (25.09.)
- **Finanzplatz:** Der Nationalrat hat entschieden, den automatischen Informationsaustausch (AIA) auf 39 weitere Länder auszudehnen. Abgelehnt hat er dies für Saudi-Arabien und Neuseeland. Weil eine Mehrheit an der Rechtsstaatlichkeit einzelner Staaten zweifelt, verlangt er zudem höhere Anforderungen an die Datensicherheit als der Bundesrat dies vorschlägt. Vor dem ersten Datenaustausch soll dieser prüfen, ob die Voraussetzungen tatsächlich erfüllt sind. Einen generellen Marschhalt forderte die SVP. Der Bundesrat wolle den AIA auf teilweise rechtsstaatlich höchst problematische Staaten ausweiten, kritisierte Thomas Matter (ZH). Das Geschäft geht nun an den Ständerat. (27.09.)
- **Vollgeld:** Der Ständerat lehnt die Vollgeld-Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Diese will das Finanzsystem umkrempeln, indem alleine die Nationalbank Geld ausgeben darf, während Geschäftsbanken kein Buchgeld mehr schaffen dürften. Dies soll Fehlspekulationen und Blasen verhindern. Die Einführung von Vollgeld wäre international ein Novum. "Keine Experimente mit offenem Ausgang", warnten denn auch mehrere Votanten im Ständerat. Vollgeld könne Blasen nicht verhindern, sagten die Kritiker. (28.09.)
- **Zoll I:** Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat, dass die Zollverwaltung zu ihrer pragmatischen Praxis bei Kontrollen und Verstössen zurückkommt. Er hat eine Motion von Thomas de Courten (SVP/BL) stillschweigend angenommen. Bis 2016 seien Kontrollen rasch und unbürokratisch und Strafverfahren in Bagatelldfällen nur bei Wiederholungen durchgeführt worden, schreibt dieser in seiner Begründung. Seit 2017 wende die Zollverwaltung willkürliche, pedantische



und rigide Strafpraxis an. Das Speditionsgewerbe werde mit Tausenden zusätzlichen Bagatellstrafverfahren überflutet. Laut Bundesrat hatte die Finanzkontrolle festgestellt, dass die frühere Praxis mit dem Legalitätsprinzip unvereinbar ist. Er ist aber bereit, das Zollgesetz entsprechend zu ändern. Die Motion geht nun an den Ständerat. (29.09.)

- **Zoll II:** Der Nationalrat will das System vereinfachen, mit dem ausländische Touristen die Mehrwertsteuer auf ihren Einkäufen in der Schweiz zurückfordern können. Er hat eine Motion von Albert Vitali (FDP/LU) stillschweigend angenommen. Vitali schwebt dabei ein elektronisches Terminal am Flughafen oder grösseren Bahnhöfen vor. In verschiedenen Staaten seien bereits solche Systeme in Betrieb, argumentiert Vitali. Aus seiner Sicht würde dies zu einer Aufwandreduktion beim Zollpersonal führen. Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion. Nun entscheidet der Ständerat. (29.09.)
- **Stempelabgaben:** In den Schlussabstimmungen hiessen die Eidgenössischen Räte mit 194 zu 0 Stimmen (Nationalrat) und 44 zu 0 Stimmen (Ständerat) eine Änderung des Gesetzes über die Stempelabgaben gut, mit der italienische Treuhandgesellschaften, die der Steuersicherung dienen, von der Umsatzabgabe befreit werden. (29.09.)